



Dr. Birgit Reinemund
Mitglied des Deutschen Bundestages

Reinemunds Rede zu TOP 28, 21.05.2010 „Für eine Verstetigung der Kommunalfinanzen“

Berlin, 21.05.2010

Dr. Birgit Reinemund, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73651
Fax: +49 30 227-76652
birgit.reinemund@bundestag.de

Wahlkreisbüro :
T6, 19
68161 Mannheim
Telefon: +49 621-12827-113
Fax: +49 621-12827-167
birgit.reinemund@wk.bundestag.de

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Birgit Reinemund (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Oppositionsfractionen beschäftigen uns Woche für Woche mit mehr oder weniger gleichlautenden Anträgen zur Situation der Gemeindefinanzen. Natürlich werden wir dieselben Anträge immer wieder gerne debattieren. Die Lage der Kommunen ist katastrophal. Genau deshalb haben wir die Gemeindefinanzreform als dringlich auf die Tagesordnung gesetzt. Dazu hatten Sie jahrelang Zeit. Die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen wird am 8. Juli dieses Jahres ihren Zwischenbericht vorlegen. Ich erwarte, dass die Kommissionsmitglieder vorurteilsfrei ihre Aufgabe erfüllen.

(Katrin Kunert (DIE LINKE): Ganz vorurteilsfrei!)

Alle heute vorgebrachten Argumente sind bedenkenswert und nicht von vornherein falsch. Wir werden sie intensiv beraten, sobald das Konzept vorliegt. Vorfestlegungen, wie Sie sie jetzt wieder fordern, werden wir auch heute nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Katrin Kunert (DIE LINKE): Sie sind doch Stadträtin! Wie ist denn die Situation bei Ihnen im Stadtrat?)

- Ich bin Stadträtin in Mannheim. Da ist die Situation ganz klar: Seit 2005 sind wir nah an der Zwangsverwaltung.

(Andreas Mattfeldt (CDU/CSU): Also die besten Jahre schon! - Dr.

Carsten Sieling (SPD): Bei Ihnen wären wir nach zwei Jahren schon so weit gewesen!)

Alle vorliegenden Anträge setzen auf den alleinigen Ausbau ausgerechnet der extrem konjunkturanfälligen Gewerbesteuer. Das löst aber nicht die strukturellen Probleme. Diese Achterbahnsteuer ist, neben den rapid wachsenden Ausgaben, gerade das Hauptproblem der Gemeinden.

(Manfred Zöllmer (SPD): Gucken Sie sich doch mal die Zahlen an!)

Wir sind uns doch alle in einem einig: Die Kommunen brauchen eine verlässlichere Einnahmequelle, als es die Gewerbesteuer in den letzten Jahrzehnten war. Übrigens zahlen nur 38,8 Prozent aller Gewerbesteuerpflichtigen überhaupt Gewerbesteuer;



(Andreas Mattfeldt (CDU/CSU): Wohl wahr!)

die übrigen 61,2 Prozent erwirtschaften keinen Gewinn oder fallen schon heute unter die Freibetragsgrenze. Gerade einmal 0,1 Prozent dieser Gewerbesteuerzahler generieren über 50 Prozent des Gewerbesteueraufkommens.

Mit einer erweiterten Bemessungsgrundlage und gleichzeitiger Erhöhung der Freibeträge würde dieses Missverhältnis nicht kleiner. Viele Kommunen sind bereits heute von einzelnen großen Gewerbesteuerzahlern abhängig und damit vom Wohl und Wehe einzelner Branchen. Ich nenne nur die VW-Stadt Wolfsburg, SAP in Walldorf und BASF in Ludwigshafen. Das erhöht nicht gerade die Planbarkeit kommunaler Einnahmen. Die Vorschläge von den Fraktionen der Linken und der Grünen kennen nur zwei Stoßrichtungen:

Erstens. Wir lassen alles beim Alten und fordern einfach mehr Geld von Bund und Land. - Das funktioniert nicht. Vielleicht haben Sie es schon bemerkt: Alle Ebenen kämpfen mit Haushaltsdefiziten.

Zweitens. Wir gehen immer stärker in die Substanzbesteuerung, also Hinzurechnung von Kreditzinsen, Mieten, Leasingraten usw. - Sie besteuern damit Ausgaben und nicht Erlöse. Dies widerspricht einem Fundamentalprinzip der deutschen Besteuerung: dem Prinzip der Leistungsfähigkeit. Jeder sollte nach Maßgabe seiner individuellen ökonomischen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung staatlicher Leistungen beitragen. Das erfolgt durch die Besteuerung von Unternehmensgewinnen, aber doch bitte nicht durch die Besteuerung von Ausgaben und Verlusten. Sie wollten vielleicht die Konzerne treffen, Herr Scheelen; getroffen haben Sie aber den Mittelstand, den großflächigen Einzelhandel, innovative Unternehmen, die auf Fremdmittel angewiesen sind. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hält keiner Analyse stand!)

Damit provozieren Sie, dass Unternehmen ohne Gewinn steuerpflichtig werden. Sie schwächen das Eigenkapital und verschlechtern die Kreditwürdigkeit. Sie verhindern Investitionen und gefährden den Wirtschaftsaufschwung und Arbeitsplätze, und zwar Arbeitsplätze vor Ort, in den Kommunen.

Glauben Sie, so die Finanzlage der Kommunen verbessern zu können? Die Gefahr ist groß, dass eher Steuerausfälle aufgrund von Insolvenzen und damit weniger Sozialversicherungsbeiträge und höhere Kosten bei den Sozialausgaben verursacht werden.

(Katrin Kunert (DIE LINKE): Gehen Sie mal von der Stadt Mannheim aus!)

Die Kuh, die man melken will, sollte man nicht schlachten. Das weiß jeder Bauer.



(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)
Wer die Gemeindefinanzen zukunftsfest gestalten will, muss offen in die Diskussion der vorgeschlagenen Modelle gehen. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die Modellrechnungen der Stiftung Marktwirtschaft hin. Entgegen aller Erwartungen hätte ein Ersatz der Gewerbesteuer zum Beispiel für die Großstadt Stuttgart keine negativen Auswirkungen. Stuttgart hätte nach diesem Modell im Jahr 2002 sogar 255 Millionen Euro mehr zur Verfügung gehabt. Andere Kommunen haben in diesem Modell schlechter abgeschnitten; auch das will ich nicht verschweigen. Hier muss ein Ausgleich geschaffen werden. Das zeigt doch klar: Wir brauchen eine differenzierte Betrachtung der Gemeindetypen und eine für alle tragbare Lösung. Festgefahrene Denkmuster verschleiern den Blick in die Zukunft. Denkverbote darf es nicht geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)